

Die Wirtschaftslage in Holland ist vorerst zufriedenstellend, aber eines steht fest: für Holland ist nach dem Verlust Indonesiens die Eingliederung in ein größeres europäisches Wirtschaftsgebiet und das Zustandekommen eines echten gemeinsamen Marktes für ganz Europa eine Notwendigkeit. Es soll aber ein echter gemeinsamer Markt sein, nicht ein Zusammenschluß, in dem die Interessen eines kleinen Staates den Wünschen und der Machtstellung der größeren Partner geopfert werden.

Sparen

BRUNO MOLITOR

Das hohe Lied des Sparers, wie es im 19. Jahrhundert gesungen wurde, hat heute viel von seinem Klang verloren. Natürlich hängt das zu seinem Teil mit den wirtschaftlichen und politischen Katastrophen zusammen und mit gewissen Veränderungen im Lebensgefühl und Gesellschaftsverständnis; vor allem wohl damit, daß wir mit dem Faktor „Zeit“ nicht mehr auf allzu gutem Fuße stehen.

Aber auch innerhalb dieses weiten Rahmens haben bestimmte Thesen und Vorgänge zu einer Verwirrung der Ansichten über Wert und Grenzen des Sparens beigetragen. Ist tatsächlich erst der Sparer „vollwertiger“ Wirtschaftsbürger? Kann das „Auf die hohe-Kante-Legen“ ein Ziel an sich sein? Der jüngere Arbeitnehmer pflegt den flammenden Aufrufen gegen den „Götzen Lebensstandard“ und für Verbrauchseinschränkungen ziemlich mißtrauisch gegenüberzustehen. Sein Nachholbedarf nach Kriegsdienst und Ausbombung ist vielleicht noch nicht erschöpft. Warum sollte er sich nicht für sein sauer verdientes Geld ein Moped oder einen Plattenschränk leisten können, wo andere Perserteppiche und Pelzcapen kaufen? Und gab es vor einiger Zeit nicht noch so etwas wie eine offizielle Kühlschränk- und Fernsehgeräte-kampagne? Er könnte auf die riesigen Summen hinweisen, die sicherlich nicht von ungefähr heute in den Verteilungs- und Reklameapparat gesteckt werden. Vielleicht hat er davon gehört, wie sehr die Aufrechterhaltung und Steigerung der Massenkaufkraft zum A und O einer Politik werden müssen, die Vollbeschäftigung und Wachstum der Wirtschaft sichern will, und wie schnell sich ein Wirtschaftssektor als notleidend empfindet und entsprechende Notbremsen zu ziehen versucht, für dessen Erzeugnisse die Nachfrage an den toten Punkt gelangt ist oder gar zurückzugehen droht. Ist schließlich nicht auf allen Seiten (auch der politischen Arena) die Steigerung des Lebensstandards längst zum Ausweis des Erfolges geworden?

Wenn tatsächlich über befristetes Zwecksparen hinaus eine begrenzte Vermögensbildung in Frage kommt, welche wirklich zugkräftigen Sparwege stehen dem „kleinen Mann“ unter den Voraussetzungen des heutigen Wirtschaftssystems offen? Ob da etwa das Kontensparen nach Ertragsaussichten und Risiko einer kritisch-rechnerischen Prüfung standhält? Und endlich: was soll man von der Meinung halten, daß mit der Erhöhung des Lohneinkommens die Arbeitnehmer nunmehr auch die „Last“ der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung mit zu übernehmen hätten?

In solchen Fragen spiegelt sich etwas von der Vielschichtigkeit des Problems „Sparen“ und den Schwierigkeiten seiner Beurteilung wider. Für den Versuch, hier die Spreu vom Weizen zu trennen, ist bei einer Untersuchung der Einkommensverwendung anzusetzen.

Ordnung des Verbrauchs

Sparen hängt in den Angeln der Verbrauchsordnung (Verbrauch im weiten Sinn verstanden). Beschränkt man sich nicht auf eine formale Betrachtungsweise, so kommt hier alles auf die vernünftige Zielwahl an. (Wir sehen von der Wahl sittlich verwerflicher Ziele ab). Aus der Reihe der möglichen, erstrebenswerten Ziele eine vernünftige Auswahl zu treffen; dafür müssen sowohl die Höhe des verfügbaren Einkommens als auch der Lebensstand (Alter, Familie, Beruf) und in gewisser Weise der herrschende Sozialstil bestimmend sein. Die eigentliche Lebenskunst besteht darin, auf der Grundlage dieser Gegebenheiten je und je für sich das Beste in der Zielauswahl herauszufinden: für Freiheit, Sicherheit und — sagen wir es ruhig — persönliches Glück; und zwar überlegt und vorausschauend, nicht blindlings im Sog der Modetorheiten von heute und der Massenmeinung von gestern. Dabei gilt es nicht nur zu prüfen, ob in der bestimmten Lebenslage das einzelne Ziel die erforderlichen Aufwendungen lohnt; der Einsatz für die gleichzeitig anzustrebenden Ziele muß wie diese selbst in sich abgewogen sein. Hierin liegt die Grundhaltung des Sparens, der Sparsinn, beschlossen.

Nun spielt auf jeder Lebensstufe für die vernünftige Zielauswahl auch die Vorsorge eine Rolle. Einige wesentliche Ziele erfordern einen Einsatz, der einen bestimmten Einkommensanteil von der sofortigen Verwendung zurückzustellen und über mehrere Einkommensperioden hin anzusammeln zwingt.

Ein junger Arbeitnehmer z. B. wird seinen Beitrag zum elterlichen Haushalt beisteuern, er wird Aufwendungen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung machen, deren Bedeutung für die Persönlichkeitsbildung in keiner Weise unterschätzt werden soll; aber er wird daneben immer auch für sein berufliches Fortkommen und den gesellschaftlichen Aufstieg Vorsorge treffen müssen. Darin hat der gewerkschaftliche Kampf für ein verhältnismäßig hohes Lohneinkommen schon in jungen Jahren seinen Sinn. Man kann sich kein besseres Sparziel und keine fruchtbarere Vermögensbildung denken als das, was in die berufliche Aus- und Weiterbildung gesteckt wird. Die beruf-

lich-fachliche Eignung ist das eigentliche Kapital, das der junge Mensch heute in das Gesellschaftsleben mitbringt. Das gilt verstärkt angesichts der herausziehenden Automation in Werkstatt und Büro, die bisher ungeahnte Anforderungen an die Qualität des Arbeitsangebotes stellt. Freilich, der Anreiz dieses Sparzieles wird heute mehr denn je gezielte gesellschaftliche Veranstaltungen voraussetzen, die den persönlichen Einsatz erst erfolgversprechend machen. Es wäre gut, sich gerade hier einmal etwas Neues an Sparwegen einfallen zu lassen. In diesem Zusammenhang steht auch das Ziel des Handwerksgehlen oder des kaufmännischen Angestellten, sich selbständig zu machen. Man könnte an ein günstiges Kreditsystem zur Beschaffung des Grundinventars denken. Andererseits sollte endlich auch der hohe Ausbildungsaufwand etwa der freien Berufe steuerlich gerecht behandelt, nämlich auf einen längeren Zeitraum abzugsfähig gemacht werden.

Auf anderer Lebensstufe tritt die Vorsorge für die Familiengründung und später für die Kinder in den Vordergrund, vielleicht auch das eigene Haus oder die eigene Wohnung. Für die Vorsorge im Fall von Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, beim Tod des Ernährers und für das Alter spart der Arbeitnehmer von jungen Jahren an in den gesetzlichen Sozialversicherungen (wenn auch das in der Altersversicherung jetzt eingeführte Umlageverfahren die Nebenwirkung der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung nicht mehr zum Zug kommen läßt). Hier überall braucht nicht mit irgendwelchen Gründen eine Sparfreudigkeit gleichsam von außen geweckt zu werden; Sparsinn im umschriebenen Sinne ergibt sich von innen heraus aus einem vernünftigen Abwägen der Ziele, so wahr nicht nur dem heutigen Tag gelebt wird.

Indessen ist zuzugeben, daß eine ausgewogene Zielauswahl heute von der gesellschaftlichen Seite her allgemein wenig gefördert wird, vor allem was die Verfassung und Methoden des modernen Verteilungsapparates betrifft. Tagtäglich und bei allen Gelegenheiten ist der Verbraucher dem Sog eines raffinierten Reklameapparates ausgesetzt, der ihm immer neue Bedürfnisse einzureden versucht. Ein Heer von Vertretern wird in die Haushalte (und aufs Land) geschickt, um die Leute aus der Nähe zu „bearbeiten“. Ein ständiger Kulissenwechsel in Mode und Geschmack, technische Neuerungen an langfristigen Gebrauchsgütern, die nüchtern betrachtet oft nur bescheidene Verbesserungen bringen, Schlußverkäufe, die einander jagen, — alles das kommt einem ununterbrochenen Bombardement auf das Haushaltsgeld gleich. Das Angebot an Ratenzahlungen und Kreditkäufen tut ein übriges, daß Dinge angeschafft werden, die die gegebenen Einkommensverhältnisse übersteigen.

Es bedarf schon einiger Standfestigkeit, diesem Sog zu widerstehen, auch und gerade wenn das Einkommen steigt, und Überlegenheit, um nicht unbezogen den allgemeinen Wettlauf mitzumachen. Hier liegen wichtige Aufgaben einer Pädagogik, die dem Leben dienen will. Gesellschaftspolitisch kann kaum mehr geschehen, als den objektiv wesentlichen Zielen, die in der

allgemeinen Entwicklung zu kurz kommen, eine gewisse „publicity“ zu verschaffen und Anreize für einen entsprechenden Spar-Einsatz zu schaffen; mindestens muß dafür gesorgt werden, daß der so Sparende nicht auch noch wirtschaftlich der Dumme ist.

Letztlich überzeugend ist erst das Vorbild, das so etwas wie einen gegenpoligen Verhaltensstil in der modernen Verbrauchskultur schaffen könnte, — eine Tatsache, deren gesellschaftliche Bedeutung die moderne Soziologie erst wieder zu erkennen beginnt. Vorbild kann weder der puritanische Knauer sein, dem der Besitz obersten Wert bedeutet, noch der in den Nebel der modernen Spesenkultur vorgedrungene Nur-verdiener, dem das Geld locker in der Tasche sitzt. Entscheidend ist, den zivilisatorischen Fortschritt in seinen Möglichkeiten sinnvoll auszunutzen, d. h. vom Menschlich-Geistigen her zu beherrschen. Hinter der Entrüstung darüber, daß sich der junge Arbeitnehmer einen Wagen oder ein teures Photogerät kauft, steht nur allzuoft ein „bürgerliches“ Vorurteil, das noch in den Kategorien des „standesgemäßen“ Lebens denkt. Gegen solche Einkommenverwendungen ist, wenn sie klug abgewogen sind, nichts einzuwenden, schon gar nicht mit dem Hinweis auf mangelnden Sparsinn. Immerhin liegt der Sinn der Wirtschaft allgemein, und des Arbeitseinsatzes im besonderen, nicht in einem noch so stolzen Produktionsmittelapparat und Kapitalstock, sondern in der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse im Verbrauch. Eine soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen verdienen will, hat hier für die breiten Schichten ein Versprechen einzulösen. Wenn in einem solchen Zusammenhang schon ein Problem zu besorgen ist, dann liegt es darin, daß die erstandenen Gebrauchsgüter nicht bloß „Anschaffungen“ bleiben, sondern einem erfüllten Leben dienstbar werden, so daß der Mensch ihrer innerlich wirklich froh wird. Diese Frage läßt sich nicht durch Verzicht auf Verbrauch lösen, noch ist sie auf bestimmte Gesellschaftsschichten beschränkt. Sie bleibt Problem auf jeder neuen Stufe des Lebensstandards, auch dann, wenn der Wagen, der Kühlschrank und das Fernsehgerät im Sozialstil längst als selbstverständliche Bestandteile der Lebenshaltung gelten. Das Gerede von der nimmersatten Unzufriedenheit der „Massen“ ist angetan, zwei Tatsachen zu überdecken: daß es auch so etwas wie „Wachstumsschwierigkeiten“ in der Ordnung des Verbrauchs gibt, wenn nämlich vorher durch das niedrige Einkommen hier besondere Probleme gar nicht erst aufkommen konnten; und zum anderen, daß es um ein sozialwirksames Vorbild noch schlecht bestellt ist.

Zweckmäßige Verwendung der Mittel

Neben der ausgewogenen Zielwahl gehört der zweckmäßige Einsatz der Mittel zur Voraussetzung des Sparens. Wer für ein Ziel, gleich welcher Art und Größe, mehr aufwendet, als erforderlich ist oder falsche Mittel einsetzt, handelt alles andere als sparsam, er verschwendet und vergeudet. Er verstößt gegen den Grundsatz der Zweckmäßigkeit, der für alle Lebensbereiche

gilt (auch für den der Caritas und des künstlerischen Schaffens). Vernünftiger Mitteleinsatz ist das Grundgesetz alles Wirtschaftens.

In der Verwendung des persönlichen Einkommens scheint das Haushalten mit den begrenzten Mitteln eine klare Sache der Vernunft zu sein. Immerhin könnte auch hier auf einige „Fallen“ hingewiesen werden. Zum Beispiel darauf, daß der niedrigste Preis eines Gebrauchsgutes im Hinblick auf seine Nutzdauer durchaus nicht immer der billigste ist. Auch für den zweckmäßigen Einsatz der Mittel spielt die Zeit, der Blick auf morgen, eine Rolle. Zum anderen ist es natürlich möglich, sich auf dem Kreditweg zum Einkommen einer Einkommensperiode zusätzlich Mittel zu verschaffen, etwa um ein größeres Gut unmittelbar anschaffen zu können. Heute haben Ratenkäufe und Verbraucherkredite bei uns einen beträchtlichen Umfang angenommen. Gewiß kann es Fälle geben, wo auf der einen Seite die Dringlichkeit des Bedarfs und auf der anderen die Sicherheit des Arbeitsplatzes und feste Verbrauchsgewohnheiten es nahelegen, Einkommensteile, die erst noch zu verdienen sind, auf solche Weise ausnahmsweise im vorhinein zu binden. Im allgemeinen aber wird dem Verbraucher im Interesse eines zweckmäßigen Einsatzes seiner Mittel hierin große Zurückhaltung anzuraten sein, zumal, soweit es sich um verhältnismäßig kurzfristige Gebrauchsgüter, z. B. Textilien, handelt. Zinskosten und Ratenzuschläge machen den Kauf in der Regel zu einem schlechten Geschäft. Das gilt auch, wenn man in Rechnung stellt, daß inzwischen eine gewisse Preissteigerung für das Produkt möglich erscheint. Das „Liquiditätsargument“ (anderweitiger produktiver Einsatz der freibleibenden Einkommensteile) kann heute für den Haushalt der Familie, die strukturell nur mehr eine „Konsumtionseinheit“ darstellt, kaum eine Bedeutung haben. Im übrigen ist es eine Erfahrungstatsache, daß das Sparen „hinterher“ zumeist als drückende Last empfunden wird. Es hat in keiner Weise den erzieherischen Wert einer vorausplanenden freien Ansammlung der Mittel; ganz davon zu schweigen, daß das Glück des Käufers auf Kredit eben doch leicht schartig und die Wertschätzung des erstandenen Gutes in Mitleidenschaft gezogen wird.

Am wichtigsten für eine überlegte Einkommensverwendung bleibt die Prüfung der Preiswürdigkeit der angebotenen Güter. Ohne Zweifel ist es hier um die Vorbedingungen: Materialkenntnisse, Marktüberblick und Kaufdisziplin (wenn man nicht sogleich das Richtige findet), heute beim einzelnen Verbraucher in der Regel nicht allzu gut bestellt. Schon darum steht die „Königswürde“ des Verbrauchers auf recht schwachen Füßen, wenn man einmal von dem ohnehin erschwerenden Umstand absieht, daß die Verbraucherentscheidung um so weniger über die Erzeugung bestimmen kann, je länger die Reihe der Erzeugungs- und Verteilungsstufen und je begrenzter die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft ist. Immerhin muß mangelnde Kaufdisziplin die Tendenz zu Verkäufermärkten mit entsprechendem Preisdiktat verstärken. Die Freiheit der Wahl bleibt gewiß unberührt; aber die

Möglichkeiten, zwischen denen gewählt werden kann, verringern sich. Auch von hierher wird ersichtlich, wie sehr eine Monopolbildung zu bekämpfen ist.

Wertvolle Hilfe für einen überlegten Einsatz der Mittel des Verbrauchers leisten die Genossenschaften. Eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, der es um die „soziale“ Marktwirtschaft geht, tut gut daran, sie in ihrer wettbewerbsverstärkenden Aufgabe zu fördern (ohne dabei über die Hürden einer formalen Gleichbehandlungsideologie zu stolpern). In Ländern, in denen sich das Marktgeschehen allgemein noch in robusteren Formen abspielt, wie z. B. in den USA, schwingen zudem Hausfrauenverbände das Kriegsbeil einer Güte- und Preisprüfung, wohl wissend um die wirtschaftliche Macht, die in der Verfügung über das Haushaltsbudget liegt.

Sollte man einen Ausschnitt aus der Einkommensverwendung nennen, in dem heute der zweckmäßige Einsatz der Mittel besonders gefährdet zu sein scheint, so wäre auf den sogenannten Kulturkonsum hinzuweisen. Bei wachsender Freizeit und steigenden Masseneinkommen nimmt seine Bedeutung stark zu. Gewiß ist es auf diesem Gebiet schwieriger, Aufwand und Nutzen unmittelbar zu vergleichen. Vieles an dem ziemlich unbekümmerten Mittelausatz mag auch auf eine besondere „Freizeitmentalität“ zurückgehen. Aber man wird doch den Eindruck nicht los, daß die stille, aber darum nicht weniger handfeste Ausbeutung, die gelegentlich des modernen Kulturkonsums stattfindet, damit zusammenhängt, daß dieser Produktionssektor der Wirtschaftsgesellschaft viel zu lange in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kritik ausgespart und im Dunkeln gelassen worden ist. Dabei erscheint hier für den Produzenten nichts leichter, als auf die Unvernunft und das Sentimental-Primitive im modernen Kulturkonsumenten zu spekulieren und dabei gute Geschäfte zu machen. An wirksamen Gegenmaßnahmen fehlt es noch weitgehend.

Hinzu kommt, daß gerade auf diesem Gebiet der Einkommensverwendung ein eigentlich verfehlter Einsatz der Mittel nicht eben selten sein dürfte: es muß z. B. fraglich sein, ob das vernünftige Ziel, sich im Sport zu erholen und innere Freude zu gewinnen, durch die Lösung einer teuren Eintrittskarte zu einem Schau-Box-Matsch überhaupt erreicht werden kann; besser wäre es, selbst Sport zu treiben und sein Geld in die dazu notwendigen Geräte zu stecken.

Haushalten mit dem eigenen Einkommen muß sich im sparsamen Umgang mit fremden Mitteln und in ihrem vernünftigen Einsatz fortsetzen, z. B. im Betrieb. Die „Unkostenproduktion“, die seinerzeit infolge einer fragwürdigen Gestaltung des Steuersystems einriß, war sicherlich kein Ruhmesblatt und mußte auch sozio-psychisch nachteilige Fernwirkungen zeitigen. „Rationalisierung“ bleibt Aufgabe für alle Betriebsangehörigen. Geschickte Anreizsysteme können das Mitdenken und das Verantwortungsbewußtsein des Arbeitnehmers fruchtbar machen. In dem ewigen Wettkampf um technische Modernisierung des Produktionsmittelapparates hat allerdings die wirt-

schaftliche Planung den Ausschlag zu geben, wenn anders nicht ein technisch zwar eindrucksvoller, aber — am Betriebszweck gemessen — eben doch verfehlter und somit verschwenderischer Einsatz der Mittel stattfinden soll.

Es gibt auch ein „Sparen“ am falschen Platz. Der Finanzminister zum Beispiel und seine parlamentarischen Kollegen stehen bei der Menge der gleichzeitig auf die begrenzten Mittel einstürmenden Anforderungen immer in der Gefahr zu versuchen, möglichst vielen Wünschen zu entsprechen, indem beim einzelnen Vorhaben „Einsparungen“ gemacht werden. Das kann zur Gefährdung eines glücklichen Zweck-Mittel-Verhältnisses führen und führt tatsächlich oft dazu. Demgegenüber kommt es darauf an, im Rahmen einer politischen Rangordnung bei den vordringlichen Zielen ganze Arbeit und einen entsprechenden Einsatz zu leisten. Es bedarf nicht erst des (freilich exzentrischen) Beispiels eines „Kuchenausschusses“, um zu sehen, wohin ein anderer Marschweg und ein „Sparen“ am falschen Platz gelangen müssen.

Die Organe der öffentlichen Meinung tun sicherlich gut daran, die Staatsausgaben aufmerksam zu verfolgen. Etwas anderes ist es dagegen, wenn etwa in der Kritik an der öffentlichen Bautätigkeit der Gesichtspunkt der Nutzungsdauer und Leistungsmöglichkeit unserer Verwaltung oft schlicht unter den Tisch fällt und eine Vorstellung genährt wird, als seien hier Baracken so etwas wie der ökonomischen Weisheit letzter Schluß.

Allgemein sollte nicht übersehen werden, daß das, was dem treusorgenden Hausvater sehr zur Ehre gereicht, sich bei einem modernen Finanzminister noch lange nicht sonderlich gut auszunehmen braucht: Steuerhörung ist kein „Konsumverzicht“, der in der nächsten Wirtschaftsperiode durch Mehrausgaben fruchtbar gemacht werden könnte. Es kann sogar in der Wirtschaft ein Zusammentreffen von Umständen geben — und in der großen Krise der 30er Jahre war dies der Fall —, die dem Finanzminister aus volkswirtschaftlichen Gründen gebieten, über seine Verhältnisse zu leben und sich bei der Notenbank massiv zu verschulden, um Geld unter die Leute zu bringen und auf dem Weg über eine Steigerung der Massennachfrage den erlahmenden Wirtschaftsablauf wieder anzukurbeln.

Einträgliches Sparen

Die vernünftige Zielauswahl und der rationelle Mitteleinsatz machen den „vollwertigen Wirtschaftsbürger“ aus, auch wenn er es nie zu einem Bankkonto bringen sollte. Vermögensbildung hängt wesentlich von der Einkommenshöhe ab. Die Vorstellung, daß „Kapitalisten“ durch Verzicht auf Verbrauch zu ihren Vermögen gelangten, und der Gewinn gleichsam als „Entbehrungslohn“ zu rechtfertigen sei, war immer schon ein amüsantes Mißverständnis (siehe die beißende, aber berechtigte Kritik Lassalles). Solche Ver-

mögen sind, wenn man von besonderen Umständen absieht, als Folge einer bestimmten Struktur in der Verteilung des Sozialproduktes, von Kredit-schöpfungsgewinnen¹ und neuerdings auch besonderer steuerlicher Maßnahmen (Abschreibungsregelung)² entstanden und werden durch „werbende“ Anlagen vermehrt. Von einer bestimmten Höhe der Einkommen ab ergibt sich mehr oder weniger ohne Zutun eine Ersparnis; die Entscheidung bezieht sich im wesentlichen nur mehr auf die Art der Anlage, je nachdem welches unter den Motiven des Geltungs-, Sicherungs-, Gewinnstrebens usw. vorherrscht.³

Je niedriger das Einkommen, desto spürbarer wird für die Sparentscheidung der Verzicht auf Verbrauch. Immerhin kann dem je nach der Anlageart der Geldersparnis der Anreiz der Gewinnerzielung (und gegebenenfalls der Steuereinsparung) gegenüberstehen, sofern es sich eben nicht um ein Horten der Beträge im Strumpf handelt.

Wie steht es um solche Anlagearten für den „kleinen Sparer“? Sicherheits- und Zweckmäßigkeitsgründe lassen es geraten erscheinen, das Einkommen über ein Konto bei einem Sparinstitut laufen zu lassen. Der mögliche Zinsgewinn für die jeweiligen Restbestände (wie auch bei den verschiedenen Formen des Zwecksparens) wird kaum mehr als eine willkommene Beigabe sein und dürfte als solche auch angesehen werden. Bei zeitlicher Bindung der Einlage treten gewisse Steuervorteile hinzu; die Spar- und Versicherungsinstitute haben sich hier manche zugkräftige Formen einfallen lassen. Das Kontensparen wird seine Bedeutung für das Zwecksparen behalten. Sein Vorteil liegt darin, daß die Einlagen schnell und verlustlos flüssig gemacht werden können. Für ein Vorsorgesparsen über lange Zeiträume steht dem indessen ein Kaufkraftisiko gegenüber; es ist bei der leicht inflatorischen Entwicklung, die nun einmal den modernen wachsenden Wirtschaften mit Vollbeschäftigung anzuhaften scheint, nicht wegzudiskutieren. Ähnliches gilt für das Versicherungssparen.

Können auch beim Zwecksparen (z. B. für die Möbel der Aussteuer) und Vorsorgesparsen (z. B. „Studienversicherung“) über eine gewisse Zeitdauer ansehnliche Guthaben auflaufen, so wird man doch von einer Vermögensbildung im engeren Sinn erst dort sprechen, wo Einkommensteile ertragbringend angelegt werden können, ohne daß mit dem Sparmotiv als solchem eine fristgebundene Verwendung der Ersparnisse für den Verbrauch verbunden wäre. Früher war es breiten Kreisen des Mittelstandes möglich, Einkommensteile in Anleihen, Pfandbriefen und Kommunalobligationen anzulegen. Heute erfolgt die Übernahme festverzinslicher Wertpapiere (zumeist recht gut ausgestattet) nur zu einem verschwindenden Bruchteil durch „private“ Sparer. Eine Elite der Arbeitnehmerschaft hat bis zu einem gewissen Grad Zugang zum Genossenschaftseigentum in seinen verschiedenen For-

¹ Dazu: *H. Willgerodt*, in: *Ordo*, 7 (1955) 169 f.

² Dazu: *M. Lohmann*, in: *Kapitalbildung und Kapitalverwendung*, Berlin 1953, 175 ff.

³ Dazu: *E. Preiser*, *Bildung und Verteilung des Volkseinkommens*, Göttingen 1957, 9 ff.

men gefunden. Mit Hilfe des sozialen Wohnungsbaues konnte ein kleiner Teil zu Wohnungseigenheimen gelangen.

Im übrigen ist die Masse der unselbständig Erwerbstätigen über das Eigentum an langfristigen Gebrauchsgütern nicht hinausgekommen. Ihre Ausgangslage zum Erwerb von Kapitaleigentum ist dadurch ungünstig, daß es sich jeweils um begrenzte Einkommensteile handelt, die der einzelne der Vermögensbildung zuführen kann. Zudem stehen ihm keine Erfahrungen in Geschäften mit Wertpapieren zur Verfügung, und mögliche Verluste müßten ihn bei der schmalen Einkommensbasis unverhältnismäßig hart treffen. Auch ist nicht auszuschließen, daß der Arbeitnehmer gegebenenfalls plötzlich gezwungen sein kann, seine Anlagewerte aus dringendem persönlichem Bedarf einzulösen. Soweit tatsächlich die Einkommenshöhe eine begrenzte Vermögensbildung zuläßt und der Arbeitnehmer zu diesem Zweck sparwillig ist, stehen ihm nicht eben viele Wege offen, die ihm unter Berücksichtigung seiner besonderen Lage den Zugang zu der vergleichsweise einträglichsten, sichersten und heute bestimmenden Vermögensform, der Unternehmensbeteiligung, bahnen.

Hier scheint die Sparmöglichkeit bei Investmentgesellschaften⁴ eine Lücke auszufüllen. Investmentbanken sind Sammelbecken für kleine Kapitaleinzulagen; die aufkommenden Mittel werden sachkundig in börsengängigen Wertpapieren angelegt. Das Risiko ist dadurch herabgedrückt, daß die Anlagewerte nach Wertpapierarten gemischt und nach Wirtschaftszweigen und -gebieten gestreut sind. Die Gesellschaft darf nicht mehr als einen bestimmten Hundertsatz ihres eigenen Anlagevermögens in Werten ein und desselben Unternehmens binden. Der Sparer erhält für seine Einlage (Stückelung 50,— oder 100,— DM) einen Anteilschein, ein Zertifikat, das nach Bruchteilen auf das gesamte Anlagevermögen der Gesellschaft bezogen ist. Die Einleger sind Eigentümer des Anlagevermögens zur gesamten Hand. Der Wert der einzelnen Anteilscheine steigt gleichmäßig im Ausmaß der Kurssteigerungen der gesamten Anlagewerte der Gesellschaft an der Börse. Der Gewinn, den das Anlagevermögen Jahr für Jahr abwirft, wird zu gleichen Teilen auf die Anteilscheine umgelegt. In ähnlicher Weise verteilt sich auch ein möglicher Kursverlust einzelner Anlagewerte auf die Gesamtzahl der Einleger und trifft so den einzelnen nicht in voller Schärfe. Die Investmentgesellschaft muß jederzeit zur Rücknahme eines Anteilscheines bereit sein. Sie tritt nur als Treuhänderin der Einleger auf. Trotz seiner offenkundigen Vorteile wird dieser Sparweg nur in dem Maß für die Arbeitnehmer fruchtbar sein können, als sie in der Lage sind, wirklich Vermögen zu bilden, ihre Einlage also mehr ist als ein Notgroschen.

Darüber hinaus dürfte eine Breitenwirkung eines solchen noch ungewohnten Sparweges davon abhängen, daß sich die Gewerkschaften, gegebenenfalls

⁴ Vgl. *B. Molitor*, Investmentgesellschaften-Instrument der Eigentumbildung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7 (1956) 419 ff.

mit eigenen Gründungen, einschalten und ihr Vertrauenskapital fruchtbar machen. Die Treuhandform der Investmentgesellschaften ist mit dem Nachteil behaftet, daß die Einleger nicht unmittelbar Einfluß auf die Geschäftspolitik haben, z. B. auf die Ausübung des Stimmrechts für die Papiere, die die Gesellschaft erworben hat.

Volkswirtschaftliche Gesichtspunkte

Selbstverständlich kann die individuelle Einkommenverwendung, die einer vernünftigen Zielauswahl und einem rationellen Mitteleinsatz folgt, auch volkswirtschaftlich niemals verfehlt sein, so wahr alle Wirtschaft der Unterhaltsfürsorge im vollen menschlich-geistigen Sinn zu dienen hat (und nicht irgendwelchen Knappheitsideologien), sondern auf dem Rationalprinzip aufgebaut (und nicht nach Monopol- und Verdienereinteressen ausgerichtet) ist. Im Gegenteil, eine sinnvolle Wirtschaftspolitik wird jener Zielwahl und diesem Mitteleinsatz durch die gesamtwirtschaftlichen Daten, die sie setzt, Anreize zu bieten und zum Durchbruch zu verhelfen suchen. — Davon abgesehen stehen unter volkswirtschaftlicher Rücksicht die Wirkungen der Einkommensverwendung auf den Wirtschaftskreislauf nach Gesamtgrößen im Vordergrund, wenn einmal eine bestimmte Verteilung des Sozialprodukts als gegeben vorausgesetzt ist. Da ist das Sparen (im Sinn einer nicht-konsumtiven Nutzung der in der Zeitperiode erzeugten Güter) an und für sich nicht bedeutungsvoller als der Verbrauch. Darin hat Keynes vollkommen recht.⁵ Die Rede von der Übernahme der „Last“ der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung vertauscht in unzulässiger Weise die Ebenen der Beurteilung; der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung zuliebe hat noch niemand gespart und wird niemand ehrlicherwise sparen. Man wende nicht ein, daß der Mensch verhängnisvollerweise stets dazu neige, die wirtschaftlichen Früchte zu pflücken, ehe sie reif sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dem durchaus nicht immer so ist; das Gegenteil war genau so möglich; das hängt eben von der gesamtwirtschaftlichen Lage ab.

Volkswirtschaftlich entscheidend ist jeweils die Abstimmung zwischen Sparen und Verbrauch, so daß keine Störungen des Wirtschaftskreislaufes eintreten (Beschäftigungsrückgang einerseits, Kaufkraftminderung des Einkommens anderseits). Kommt es z. B. in einer Wirtschaft mit technisch hochstehendem Produktionsmittelapparat zu einem Absinken der Massennachfrage und damit zu einer Abnahme der Gewinnerwartungen der Unternehmer, sinken die Investitionen unter die Ersparnis ab; Produktionskräfte drohen brachzuliegen: Hier hilft nur eine Steigerung des privaten Verbrauchs und der öffentlichen Ausgaben. (Damit wird natürlich nicht etwa dem einzelnen Einkommenbezieher unter volkswirtschaftlicher Rücksicht geraten,

⁵ Vgl. auch O. v. Nell-Breuning, Das Ethos des Sparens in der Keynes'schen Kritik, in: Die neue Ordnung 7 (1953) 18ff.

über seine Verhältnisse zu leben). Bei Unterbeschäftigung (ungenutzte Produktionskapazitäten und brachliegende Arbeitskräfte) sind Investitionen möglich, denen keine gleichzeitige freiwillige Ersparnis gegenübersteht. In einem solchen Fall käme es darauf an, die Wirtschaft ausreichend mit Geldmitteln zu versorgen, vor allem mit günstigen Krediten.

Hat eine Volkswirtschaft demgegenüber ihren Produktionsmittelapparat erst oder wieder aufzubauen und auf den technischen Hochstand zu bringen, so ist das nicht ohne eine mehr oder weniger strenge Drosselung des Verbrauches zugunsten der vorgängigen Investition möglich. Die auf den Verbrauch zugeschnittenen Masseneinkommen müssen verhältnismäßig niedrig gehalten werden und können nur langsam ansteigen. Soweit freiwillige Ersparnisse nicht hinreichen können, wird es nicht ohne die stillen Zwangssparprozesse über die Preise (Selbstfinanzierung der Unternehmen) und die Steuern (öffentliche Investitionen, „Steuergeschenke“ an die Unternehmen) abgehen. Der deutsche Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg hat dafür ein klassisches Beispiel geliefert.

Daß hier jahrelang ein unverhältnismäßig großer Teil des erstellten Sozialproduktes der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung zugeführt wurde, dagegen konnte niemand Bedenken erheben, es sei denn, er wollte unser Land in Wald und Wiese verwandeln. Auf einem anderen Blatt steht allerdings, ob es notwendig oder auch nur zweckmäßig war, daß dieser riesige Substanzzuwachs des volkswirtschaftlichen Produktionsmittelapparates eigentumsmäßig wieder nur denen zufiel, die schon an einem Unternehmen beteiligt waren, also Vermögen besaßen.

Die liberale Nationalökonomie glaubte noch daran, daß der freie Zins es zuwege bringen könne, das Angebot an Geldersparnis und die Kapitalnachfrage zu Investitionszwecken selbsttätig auszugleichen. Wir wissen heute, daß dem im spätkapitalistischen Wirtschaftssystem keineswegs so ist. Man kann hier einer Lenkung nicht entraten. Gerade der Umstand, daß der Sparträger und der Investitionsträger nicht zusammenfallen, muß eine selbsttätige Abstimmung unsicher und unzureichend machen. Das besagt natürlich nichts dagegen, daß für einen richtigen Einsatz der Kapitalmittel die Auswahlfunktion des Kapitalmarktzinses wichtig bleibt. Starke Selbstfinanzierung der Unternehmer schließt die Gefahr in sich, daß Fehlanlagen getätigt, Überkapazitäten gebildet werden; sie leistet einer Verfestigung von Monopolstellungen Vorschub.

Zwischen den äußersten Fällen, sagen wir der Depression der 30er Jahre und des deutschen Wiederaufbaues nach dem 2. Weltkrieg, gibt es eine ganze Skala von Situationen, bei denen der Akzent für das Problem der Abstimmung zwischen Sparen und Verbrauch je unterschiedlich zu liegen kommt. Immer muß, wenn die Produktivität der Wirtschaft steigen soll, ein bestimmter Teil des jeweils erstellten Sozialproduktes der Ersatz- und Neuinvestition zugeführt, also in entsprechendem Umfang durch Sparen Kapital

gebildet werden. In einer mehr oder minder vollbeschäftigten Wirtschaft sind der Ausweichmöglichkeit der Geldschöpfung enge Grenzen gesetzt, will man nicht Gefahr laufen, daß durch allgemeine Preissteigerungen die Einkommen in ihrer Kaufkraft ausgehöhlt werden (Zwangssparen durch die Einkommen-Preis-Entwicklung). Ein gewisses Polster bietet hier allenfalls eine aktive Außenhandelsbilanz.

Unter der gleichen Voraussetzung kann auch eine Erhöhung der auf den Verbrauch zugeschnittenen Löhne preissteigernde Wirkung haben; dann nämlich, wenn sie aufs Ganze gesehen den Anstieg der Arbeitsproduktivität in der Zeitperiode überschreitet. Als Kontrakteinkommen sind die Löhne Herstellungskosten und gehen in die Preisberechnung der Unternehmen ein. Die sogenannten Grenzbetriebe, die die erhöhten Kosten nicht verkraften können und nunmehr unrentabel werden, müssen schließen; es kann zu einem gewissen Beschäftigungsrückgang kommen, der jedoch bei sonst angespanntem Arbeitsangebot verhältnismäßig schnell wieder auszugleichen ist. Die Mehrzahl der Unternehmen könnte gewiß danach streben — und das wäre eigentlich das Ziel einer vorpreschenden „aktiven“ Lohnpolitik —, die erhöhten Lohnkosten durch Rationalisierungsgewinne wettzumachen, wozu allerdings meist ein gewisser Kapitaleinsatz notwendig wird. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß der Versuch gemacht wird, die Lohnmehrkosten auf die Preise abzuwälzen. Das wird erleichtert in einer monopolistisch verfilzten Wirtschaft, bei vorherrschenden Verkäufermärkten und — was oft übersehen wird — bei starker Exportbindung, soweit der ausländische Preis ohnehin höher liegt. Hier kommt es dann zu einem Zwangssparen über die Lohnkosten-Preis-Entwicklung. Inwieweit die Einkommenswirkung einer „aktiven“ Lohnpolitik ihrerseits dann noch über die Nachfrage die Tendenz zur Preistreiberei verstärkt, hängt davon ab, welcher Teil der Lohnerhöhung gespart wird; und bei konsumtiver Verwendung: wie es um die Vorräte und Kapazitätsausnutzung der Verbrauchsgüterherstellung und gegebenenfalls um entsprechende Einfuhrmöglichkeiten bestellt ist. Langfristig käme es auf die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft in Richtung auf eine Kapazitätsausweitung der Verbrauchsgüterproduktion an.

Man sieht, daß es nicht so einfach ist, Preissteigerungen und Kaufkraftminderung eindeutig einer Ursache zuzuordnen, z. B. einer Lohnerhöhung. Immerhin ist, aufs Ganze gesehen, festzuhalten: die Neuinvestitionen, die der technische Entwicklungsstand, das Bevölkerungswachstum und die Ausweitung des Wohlstandes erfordern, müssen in der vollbeschäftigten Wirtschaft durch gleichzeitige echte Ersparnis gedeckt werden. Die Verbrauchseinkommen können nur im Ausmaß der laufenden Produktivitätsentwicklung, d. h. des Wachstums des konsumierbaren Teiles des Sozialproduktes, angehoben werden.

Faßt man eine einzelne Volkswirtschaft, z. B. die der Bundesrepublik, ins Auge, so erfordern unsere Überlegungen eine Ergänzung: Das Ausmaß, in

dem bei entwickeltem Produktionsmittelbestand je und je neuinvestiert wird, läßt einen gewissen Freiheitsgrad zu; es unterliegt keineswegs einer blinden, unabänderlichen Notwendigkeit, so wahr eine Steigerung der Investition um jeden Preis nicht als vernünftiges volkswirtschaftliches Ziel gelten kann. Im Gegenteil: Die aufs äußerste erhöhte Investitionsrate des Sozialproduktes der Wiederaufbaujahre kann bei uns auf die Dauer nicht gehalten werden. Es muß (nicht nur der Verbrauch absolut, sondern auch) die Verbrauchsrate des Sozialproduktes im Verhältnis zur Investitionsrate angehoben werden, wenn langfristig Beschäftigung und Wachstum der Wirtschaft gesichert sein sollen. Die Massennachfrage darf nicht hinter der vollen Ausnutzung der neugeschaffenen Produktionskapazitäten zurückbleiben. Das Gelingen einer solchen Umstellung ist wesentlich eine Frage des Größen- und Zeitmaßes. Die oben aufgezeigten Zusammenhänge sind keineswegs unwirksam: durch geschicktes Vorgehen können aber die Gefahren gebannt werden. Es kommt alles darauf an, daß die möglicherweise in Teilbereichen und zeitweilig auftretenden Preissteigerungen Anpassungserscheinungen bleiben, die durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wettgemacht werden. Dazu bedarf es der ganzen Kunst moderner Wirtschaftspolitik.

Neuinvestition und Vermögensbildung der Arbeitnehmer

Wie man die Dinge auch wenden mag, es bleibt ein beträchtlicher Teil des Sozialproduktes, der je und je der Neuinvestition zugeführt werden muß. Einkommenmäßig kann sich dieser Teil des Sozialproduktes nur bei solchen Beziehern niederschlagen, die die entsprechenden Beträge auf die Dauer und im Durchschnitt wieder der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung zuleiten, also sparen. In der Vorstellung der liberalen Nationalökonomie war nur Unternehmern und Kapitalbesitzern diese Art Vermögensbildung zuzutrauen. Karl Marx stimmte grundsätzlich überein, nur daß er die wenigen großen Kapitalisten durch den einen Überkapitalisten „Staat“ ersetzt wissen wollte.

Der zweite Weg würde das Ende einer freien Wirtschaft bedeuten. Aber auch der erste birgt auf die Dauer nicht minder große Gefahren für die Gesellschaft in sich.

Wem es um den Fortbestand unserer Gesellschaftsform ernst ist, wem es um eine zu Buch schlagende Vermögensbildung auch auf seiten der unselbstständig Erwerbstätigen geht, die dem Sparsinn neuen Auftrieb gibt, der kann sich nicht damit zufrieden geben, daß in einem gewissen Gleichschritt mit der Produktivitätsentwicklung die Verbrauchseinkommen angehoben werden. Grundsätzlich wird die Verteilung des je und je erstellten Sozialprodukts so umgeschaltet werden müssen, daß sich die Nettoinvestition zum erheblichen Teil als Vermögen der Masse der Arbeitnehmer niederschlagen kann („Investivlohn“). In dem Ausmaß, in dem das gelingt, ist der Arbeitnehmer erst in der Lage, über die Entwicklung der Volkswirtschaft (Investitionsrichtung) vollwertig mitzubestimmen, nämlich durch die Art und

Weise, wie er den zusätzlichen Einkommensteil des Investivlohnes der Kapitalbildung zuführt.⁶

Eine solche verteilungspolitische Neuordnung hätte freilich zur unerläßlichen Voraussetzung, daß der zusätzliche Einkommenteil aufs Ganze gesehen auch tatsächlich in irgendeiner Form gespart wird. Machte man den Versuch, ihn sofort und in beträchtlichem Umfang für den Verbrauch zu verwenden, so liefe das darauf hinaus, ihn über die dann unausweichlich steigenden Preise wieder den Unternehmern zurückzuschicken. Wohlgemerkt: hier wird nicht das Ansinnen gestellt, etwas auf die hohe Kante zu legen, was man genau so gut verbrauchen könnte (Konsumverzicht); die Einkommenserhöhung des Investivlohnes ist nur und insoweit möglich, als sie schwergewichtig als Kapitalanlage verwandt und ins Vermögen genommen wird. Maschinen und Fabrikhallen kann man nicht essen. Andererseits hätten die Arbeitnehmer nunmehr neben der herkömmlichen Lohnpolitik, die auf wachsenden Verbrauch im Gleichschritt mit der Produktivitätsentwicklung abgestellt ist, ein zweites Mittel in der Hand, um die Unternehmerwirtschaft in die Zange zu nehmen: die nichtkonsumtive Verwendung von Einkommensanteilen treibt das mögliche Lohneinkommen in die Höhe.

Mit Zwang ist zur Sicherung einer solchen Einkommensverwendung nichts auszurichten (wiewohl es erstaunlich bleibt, wie wenig Anstoß an den stillen Zwangssparprozessen über Preise und Steuern genommen wird). Wirtschaftliche Anreize, geeignete Sparformen (etwa Investmentbanken) und gegebenenfalls freiwillige, solidarische Bindungen der Arbeitnehmer bieten sich als Wege an. Hier wie auch für die aufklärende Beeinflussung auf das Ziel der Vermögensbildung hin ist die Haltung der Gewerkschaften entscheidend.

Man hat gesagt, der günstigste Zeitpunkt für die hier ins Auge gefaßte strukturalpolitische Maßnahme, die stürmische Wiederaufbauperiode, sei verpaßt. Daran mag unter gewissem Blickpunkt etwas Richtiges sein. Andererseits liegt der Vorteil der gegebenen Lage darin, daß das, was seinerzeit mit Sicherheit nur unter Zwangsvorkehrungen zu erreichen gewesen wäre, nämlich die nichtkonsumtive Verwendung des zusätzlichen Einkommensteiles, angesichts der erreichten durchschnittlichen Einkommenshöhe, des mehr oder minder gesättigten Nachholbedarfes und der gefestigten Verbrauchsgewohnheiten leichter auf dem allein anzustrebenden Weg der eigenverantwortlichen Einsicht und der freiwilligen Bindung möglich erscheint. Die eigentlichen Schwierigkeiten stellt die Anlaufperiode. Sie leiten sich nicht von der Kapitalmarktlage her; denn wenn etwas als sicher gelten kann, dann ist es der Umstand, daß mit der neuen Einkommensverteilung der Kapitalmarkt flüssig und funktionsfähig wird. Die Ungewißheiten liegen nicht zuletzt darin, wie der Unternehmer auf die neue Situation reagieren wird und wie sich die gewerkschaftliche Lohnpolitik einspielt.

⁶ Über die „unterschiedliche Fruchtbarkeit der Sparwege“: *F. Voigt*, Die aktuelle Problematik der Kapitalbildung, Stuttgart 1953 (Sonderdruck aus dem Sammelband: Hessischer Sparkassentag 1953).

Ist die Änderung einmal eingefahren, kommt das Gesetz der großen Zahl, das zunächst der Reform gefährlich erscheinen kann (Aufspaltung von Investitionsmitteln in verhältnismäßig kleine Einheiten auf viele Köpfe), ihrem Erfolg entgegen: horizontaler Ausgleich der möglicherweise unterschiedlichen Verwendung der Beträge im Durchschnitt der vielen einzelnen und vertikaler Ausgleich zwischen den verschiedenen zeitlichen Sparbindungen.

Der Neandertaler

Der Wandel seines Bildes

PAUL OVERHAGE SJ

Wohl keine vorzeitliche Menschenform des Eiszeitalters hat eine so verschiedenartige Beurteilung erfahren wie der Neandertaler. Vor hundert Jahren (1856) fand Joh. Carl Fuhlrott (1803—1877) die Reste dieses eigenartigen Menschenschlages und übergab sie dem Bonner Anatomen Schaafhausen zur wissenschaftlichen Bearbeitung. Die Skeletteile (Schädeldach, beide Oberarmknochen, je eine Elle und Speiche, beide Oberschenkelknochen, Bruchstücke des Beckens, eines Schulterblattes und der Rippen) stammten aus der Feldhofer Grotte, die sich in den steilen, heute völlig abgebauten Kalksteinfelsen des Neandertales gebildet hatte, wie dieser Teil des früher hier schluchtenartig geformten Düsseldorftales bei Düsseldorf genannt wird. Seit diesem Fund hat sich die Meinung, die man sich über das Erscheinungsbild, die Geistigkeit und die Stellung des Neandertalers innerhalb der fossilen Vertreter der Menschheit machte, ständig geändert. Dieser Wandel der Auffassungen spiegelt deutlich das Anwachsen der Fossilfunde und wissenschaftlichen Erkenntnisse, den Umbau der Hypothesen über die Herkunft des Neandertalers und seine Beziehungen zu den Jetztmenschen und nicht zuletzt auch den Wechsel in so manchen Vorentscheidungen philosophisch-weltanschaulicher Art wieder. Erst in unsern Tagen scheint der Wandel im Bild des Neandertalers einem gewissen Abschluß zuzustreben und sich eine sachlichere und damit treffendere Beurteilung dieses eiszeitlichen Vertreters der Menschheit durchzusetzen.

Das alte Bild

Man kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn man heute die ersten, durchaus ernst gemeinten Beurteilungen nachliest, die Wissenschaftler, besonders Anatomen, über den Neandertaler abgegeben haben. Man sah in ihm